

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Nr. 240. Zweite Ausgabe. Sonnabend, 25. Mai 1907.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 159; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. 1. Dr. Wuttke-Gesellschaft in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 25. Mai.

Der Kaiser und die französischen Kommissoren. Die russische Zeitung „Kraj“ hat über den Berliner Aufenthalt der Kommissoren Saint-Saëns und Maillien einen Bericht aus Paris veröffentlicht, der den Kaiser u. a. folgende Äußerungen gegenüber seinen französischen Gästen in den Mund legt: „Werden Sie sich noch lange unter der Hypothek der Kronstädter Erinnerungen befinden? Werden Sie noch lange den russischen Pfug ziehen? Dieser Pfug ist ja nicht von Stahl oder Holz, sondern er besteht aus Kofft und Moder.“ Da die Angaben des „Kraj“ über die vorerwähnten förmlichen Äußerungen in andere russische Blätter übergegangen sind, ohne einen Zweifel an ihrer Richtigkeit hervorgerufen zu haben, so ist die „Reife“ fest, daß sie von Anfang bis zu Ende erfunden sind. Der Kaiser hat mit den beiden Kommissoren, wie auch das im „Kraj“ veröffentlichte Interview mit Saint-Saëns ganz richtig erkennen läßt, sein Wort über die Politik gesprochen. Die Äußerungen über den Pfug, die ihm vom „Kraj“ oder dessen französischen Korrespondenten untergeschoben werden, sind also nur als Gassetprodukt der Mitarbeiter dieses Blattes beizubehalten, im übrigen eine Fälschung.

Landtagswahl. In der Landtagswahlwahl im Wahlkreis Stettin 4 wurde am Freitag mit sämtlichen abgegebenen 348 Stimmen Landgerichtsdirektor Koch in (forn.) gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt worden.

Die Antragsverfahren unter sich. Im obersten Landtagswahlkreise hat sich mit der von der wahlberechtigten Einmütigkeit im Zentrum steht es hier anzusehen. Die beiden alternativen Kandidaten in Bamberg-Bord befanden sich ebenfalls in einer nichts weniger als köstlichen Lage. Brauer, besserer Rechtschreiber, der inoffizielle Kandidat, veröffentlichte beispielsweise im „Bamb. Tagbl.“ eine Erklärung, worin er die Bekämpfung des offiziellen Kandidaten, von Maillien in der Zentrumsvorstellung in Wittenberg, Schmidt und dem Reichsboten, als eine „Bamb. Tagbl.“ nennt. Der Kaiser, der sich neuerdings wieder im schwarzen Gegenstand zu der Gruppe Richter, Daller usw. befindet, bezeichnet gewisse Vorgänge im Zentrumslager als Gemeinheiten. Diese Charakteristik, nach dem Inhalt im Wahlkampf, ist bezeichnend für die herrschende Spannung.

Die Vergeltungsnovelle vor der Herrenhauskommission. Die Handels- und Gewerbekommission des Herrenhauses nahm die Vergeltungsnovelle unumändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses an.

25. Mai, der Kaiser reist am Freitag. 1 1/2 Uhr nachmittags, mit den Herren des Hofes in Automobilen von Coblenz über Elbing nach Marienburg ab, traf dort um 3 Uhr 43 Minuten ein, besichtigte die Marienburg unter Führung des Geheimen Ratsrats Professor Dr. Zeindrecht und reiste gegen 5 Uhr nach Danzig ab, wo er im Laufe des Nachmittags eintraf. Gegen Abend fuhr der Monarch nach Langfuhr. Um 7 Uhr fand im Kasino der Leibwachen ein Essen statt. Die Abreise des Kaisers nach Dresden erfolgte um 10 Uhr 20 Minuten.

Neidlinger Ritter v. Bülow empfing Freitag mittags, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet, den neuernannten Unterrichtsminister des Reiches, Grafen v. Bülow.

Das „Mittelschiff“ meldet, Generalleutnant Graf von Wolff, Kommandant von Berlin, ist zur Disposition gestellt.

Erbsenverletzung. Der König von Sachsen hat aus Anlaß seines heutigen Geburtstag des deutschen Vizekönigs in Westphalen, Freiherrn Grafen von Sternburg, und dem Obersten in Berlin, Grafen von Kers, das Großkreuz des Albrechtsordens verliehen.

Zu den angeblichen Grenzverletzungen der Kameruner Schutztruppe. Spanische Blätter brachten vor einigen Wochen die Nachricht von erheblichen Grenzverletzungen seitens der Kameruner Schutztruppe im spanischen Guba-Cobiet. Unter anderem sollten spanische Flaggen durchgehends niedergebott worden sein. Diese Nachrichten, welche auch in deutschen Wäthern Aufnahme gefunden hatten, wurden kurz darauf durch die spanische Regierung dementiert. Zur völligen Klärung der Angelegenheit wurde das Gouvernement von Kamerun zu einem telegraphischen Bericht in der Angelegenheit aufgefordert. Nach dem inzwischen eingetroffenen Bericht handelt es sich um folgendes: Im November vorigen Jahres benutzten einige eingeborene Soldaten des deutschen Grenzkommandos, Kaputnamo, die spanische Flagge, um sich gegen einen Patrouillenzug zu wehren, der in spanischen Grenzgebiet die Verletzungen wurden bestraft. Es liegt also lediglich ein gemeinsames Verbrechen vor, welches die erforderliche Sühne gefunden hat und welchem keinerlei politische Bedeutung beizumessen ist.

Prozess Köpke. Im Anknüpf an unsere kurze telegraphische Meldung im gestrigen Abendblatt teilen wir in dieser Prozedur weiter mit: Im Laufe der Verhandlung am Freitag über die Angelegenheit, daß ihm künftige Gutachten des Geheimrats Franzius für seinen Prozess gegen den Reichspräsidenten vorzulegen zu haben, betreibt jedoch, daß er die Abschrift des Originaltextes, die er als widerrechtlich anerkant, selbst genommen habe; er habe sie vielmehr in einem verpackten Kasten auf seinem Schreibtisch gefunden. Er hätte sich auch, wenn das Gutachten ihm antilich zugegangen wäre, zur Verwertung für den Prozess gefastet, da mit dem Worte „geheim“ vielfach Mißbrauch getrieben werde. Ferner räumte Köpke ein, den Abg. Müller-Sagan und Erberger den Erlaß des Oberkommandos der Schutztruppe betreffend die Festsetzung des Reichspräsidenten, Kausenberg, seine Verfügung des Reichspräsidenten Caprivi, Briefe und andere telegraphische Angelegenheiten betreffendes Material ausgehändigt zu haben. Diese Schriftstücke seien ihm abschriftlich im Sommer 1903, als das Festsetzungsverfahren gegen ihn eingeleitet wurde, durch die Post in seine Wohnung gebracht worden. Er habe gesehen, daß Subskriptionen begehrt worden seien. Nach einer Abschriftnahme habe er die erhaltenen Schriftstücke vernichtet, da er eine Falschbildung befürchte. Auf Veranlassung des Reichspräsidenten, daß bei der Darstellung, erbringt er längt nicht mehr im Kausalverhältnis war, mehrere amtliche Schriftstücke gefunden worden seien, entgegen der Anklage, dies sei der letzte Beweis dafür, daß ihm diese Sachen ins Haus gebracht worden seien. Hierauf wurde die Verhandlung auf heute, Sonnabend, vertagt.

Schulrevision in Oberhausen. Gegenwärtig findet in Oberhausen, wie der „Sächsische Anzeiger“ berichtet, eine Revision der Volksschulen statt. Die Revisionskommission besteht aus mehreren Regierungsräten und Kreisrätin. Es handelt sich hierbei vor allem um die Feststellung, welche Fortschritte der deutsche Sprachunterricht macht, wobei auch die Sprachverhältnisse der einzelnen Schulen genau festzustellen werden.

Zur Verhütung russischer Studenten in Berlin. Den Berliner Abendblättern zufolge wurden von dem am Donnerstag verlassenen Kuffen alle bis auf zehn aus der Stadt entlassen, von denen Freitag vormittag sechs als tätige Ausländer ausgewiesen, zwei wegen Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, und deren Mitglieder sich zu unüblichen Gehörnen gegen Verbindungsleiter verpflichten, dem Staatsrat vorzulegen.

Geheimbott durch die Sozialdemokratie. Eine im Verlage von N. von Noskitt-Handel erschienene Broschüre mit der Aufschrift: „Aufbewahren! Nur für Mitglieder bestimmt! Kauft nur am Orte! Aber unter strenger Beachtung der in Nachstehendem niedergelegten Winke.“ — liefert wieder einmal den Nachweis sozialdemokratischer Geheimbott. In der Broschüre heißt es: „Werte Genossen! Wie schon vor drei Jahren, so unterbreiten wir Euch auch jetzt eine für die Parteien zu dem Kommunalwahlbestimmte Liste, welche die Namen der Wähler enthält, die bei der letzten Stadtverordnetenwahl 1. unsere Kandidaten gewählt haben; 2. gewählt; d. h. einen Sozialdemokraten und einen Gegner — gewählt haben; 3. die gegen uns gewählt haben; die gar nicht gewählt haben. Werte Genossen! Unser Zweck besteht darin, daß alle unsere zu Gebote stehenden Mittel anzunehmen, um eine der sozialdemokratischen Arbeitervereine angemessene Vertretung im Stadtparlament zu erhalten. Wir wissen daher unsere Macht als Kommunisten in die Waagschale werfen und bei unseren Einflüssen in erster Linie nur solche Gesichtspunkte berücksichtigen, die sich nicht scheuen, öffentlich für unsere Kandidaten einzutreten.“

Es folgt dann eine genaue Spezifizierung, welche Kaufleute zu den verschiedenen Klassen gehören. Abgesehen von der unerhörten Geheimbottweise, die hier zutage tritt, ist die Geheimbottweise ein schlagender Beweis für die unaufrichtige Unterminierung des Mittelstandes von Seiten der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Wirtschaft in den Krankenkassen. Nach einer öffentlichen Bekanntmachung des Disziplinar-Richters der Krankenkassen des Bezirks in vielen Fällen herausgestellt, daß die Kasselführung eine so mangelhafte war, daß die Wahrung der Rechte der Mitglieder nicht genügend gewährleistet seien.

Die Gründe hierfür, die sich im Laufe der Untersuchung im wesentlichen in der Vernachlässigung der betreffenden Kasselführung, die vielfach nicht die nötige Vorbereitung in Kasselfachen besitzen, auch teilweise nicht die nötige Kraft und Energie haben, sich in die Kasselfachfrage einzuarbeiten. Die Aufsichtsberechtigten werden deshalb ersucht, vierteljährlich eine Revision vorzunehmen, sowie darauf hinzuwirken, daß die Kasselfachfrage allgemeinlich revidieren. Ferner werden die Aufsichtsberechtigten ersucht, ihren Einfluß mehr als bisher dahin geltend zu machen, daß bei der Wahl von Kasselfachverständigen nur solche Personen in Frage kommen, welche entweder bereits eine Vorbildung in Kasselfachen haben, oder eine Möglichkeit dafür bieten, daß sie in der Lage sind, sich mit den Kasselfachfragen in kurzer Zeit vertraut zu machen. Ebenfalls ist zu vermeiden, daß lediglich Berzungsverhältnisse oder sonstige in der Person des zu Wählenden liegende Rücksichten bei der Wahl zum Kasselfachverständigen maßgebend sind.

Ob die Aufsichtsberechtigten nach Lage der Dinge diesen Erlaubnis Folge zu leisten vermögen, erscheint uns zweifelhaft. Das Krankenversicherungsgesetz hat die Kasselführung dem Willkür der Arbeiter ausgeliefert, daß vor einer Revision dieser Organisation eine Abklärung der Verhältnisse kaum möglich ist.

Vom Hamburger Hafen. Der Ausbruch der Seuche hat bisher auf den Schiffsverkehr keinen Einfluß ausübt. Alle zur Expedition nach See fertiggemachten Schiffe konnten vollständig den Häfen verlassen. Die Seuche auf den einkommenden Schiffen verlangt demnach keine besondere Aufmerksamkeit. Am Donnerstag trafen die ersten Arbeitswilligen ein. Von Donnerstag morgen bis Freitag früh gingen 26 Dampfer, ein Segelschiff und ein Sechschiff ab, während 23 Dampfer und 2 Sechschiffe eintrafen.

30 000 Bauarbeiter in Berlin ausgehert. In der Generalversammlung des Verbandes der Bauarbeiter Berlins und der Vororte wurde Freitag abend mitgeteilt, daß die Zahl der Ausgeherten nahezu 30 000 betrage.

Ausland.

Der Erste niederländische Kommissar beauftragt 100 000 Gulden für den Empfang der Vertreter der Wälder auf der Haager Konferenz. Der Minister des Auswärtigen teilte mit, daß die Grundheraushebung zum Friedenspalast demnach stattfinden solle.

In der von Lord Robertson (Wien) angelegten Jahresversammlung der Vereinigung zur Förderung des internationalen Schiedsgerichtsweins wurde ein Beschlußantrag angenommen, dahingegen, der Haager Konferenz unter anderem zu empfehlen, die Frage der Annuität des für Kriegsbedarf nicht bestimmten Privatvermögens zur Erörterung. Der Beschlußantrag berücksichtigt nicht die Frage der Beschränkung der Mäntelung. Ein Antrag, daß der Haager Konferenz empfohlen werden solle, auch diese Frage zu erörtern, wurde abgelehnt.

Österreich-Ungarn.

Dementi.

Nach Erkundigungen des „Wiener Korrespondenz-Bureaus“ ist über den angeblichen Vorfall in Fregolina, wonach zahlreiche Personen nach einer Wählerversammlung von Genöbern getötet und verwundet worden sein sollen, dort nichts bekannt.

Italien.

Marineforderungen.

Der Deputierte Ruffo hat für den Sommer den Bericht über das Marinebudget vorgelegt. Er findet darin an, daß die Regierung für die vier Panzerkreuzer neue Kredite in Höhe von 200 Millionen verlangt.

Rußland.

Vom finnländischen Landtag.

Während der Donnerstag-Sitzung des finnländischen Landtages unterzeichnete das Präsidium ein feierliches Versprechen, die Rechte des Kaisers, der Großfürsten, Finlands und des finnischen Volkes zu wahren. Sogar wurde eine Begründung beziehe von der Reichsversammlung an den Landtag verlesen. Der Landtag erteilte dem Präsidium den Auftrag, ein Antworttelegramm aufzusetzen, dessen Text vor seiner Abendung im Landtag verlesen werden soll.

Aus Anlaß der Errettung des Kaisers aus der Gefangenschaft, welche sein Leben bedrohte, erhält die Petersburger Telegraphische Agentur seit zwei Tagen Meldungen aus zahlreichen Städten des Landes, in den Städten ist unter großer Teilnahme der Bevölkerung feierliche Teubens abgehalten worden. Viele Stadtratungen und andere lokale Verbände hätten Telegramme an den Kaiser geschickt, in denen sie über aufrichtigen Freude, den Gefährten der Krone, sowie dem Wälder über das Komplott Ausdruck gaben.

Marokko.

Zur Lage.

Die Nachrichten aus Marakesch lauten fortwährend widersprechend. Der Sultan scheint entschlossen zu sein, seine Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu ergreifen. Es geht das Gerücht, er werde sich demnach nach Rabat zu begeben.

Mexiko.

Mexiko und Guatemala.

Mehrere mexikanische Regimenter und Bataillone sind nach der Grenze von Guatemala unterwegs.

Kongresse und Ausstellungen.

7. Deutscher Freireichentag in Weimar. Die Beratungen nahmen am Nachmittag des 22. d. Mts. ihren Fortgang. Verschiedene Vorschläge über Propaganda fanden Aufnahme. Aus dem Bericht der Centrale für Sozialpädagogik ging hervor, daß Resultate nicht erzielt worden wären. — Am Abend sprach Johann Bürgermeister Dr. Feinberg über: „Das Vertriebenensprinzip und die Verantwortung der Sozialisten“. Es wurde dem Vorstand der Deutschen freien Studentenvereine, bezugnehmend auf den Bericht der deutschen freien Studentenvereine, vorgeschlagen, eine ausführliche Denkschrift über Vertriebenensprinzip und Vereinsparagrafen im Einvernehmen mit dem freireichentaglichen Vorstand auszuarbeiten und mit der Bitte um Anerkennung des Ministeriums einzuweisen.“ Zur Annahme gelangte ferner eine Resolution von Gutmann, in der es u. a. heißt: „Der 7. deutsche Freireichentag behauptet an dieser Stelle, daß die Deutschen Universitätsvereine die dortige Freireichentagliche noch mehr fernliegender erfolgreicher Wirksamkeit daran gehindert haben, sich vierteljährlich als Organisation zu betätigen.“ Die Sitzung am 23. d. Mts. vormittags, ging mit der Befragung geschäftlicher Fragen (Satzungsänderungen usw.) hin. Nachmittags: „Die heutige Stellung der Studenten.“

Veranstaltung des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins in Freiburg. Die Veranstaltung des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins leitete am Montag eine Sitzung des Gesamtverbandes im neuen Rathaus ab. Abends 8 Uhr fand in den Sälen der Harmonie die Begrüßung der Festgäste durch den Freiburger Zweigverein statt. Der geschäftliche Teil der Hauptversammlung begann Dienstag früh 10 Uhr im Saal des Reichshofes, die dortige Saalbesetzung betrug 26 740 betrug, hat sich seitdem um weitere 1200 vermehrt. Zweigvereine

